

Geschäftsverzeichnissnr. 3738

Urteil Nr. 42/2006  
vom 15. März 2006

URTEILSAUSZUG

---

*In Sachen:* Präjudizielle Frage in Bezug auf Artikel 82 des Konkursgesetzes vom 8. August 1997, gestellt vom Appellationshof Lüttich.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden M. Melchior und A. Arts, und den Richtern L. Lavrysen, A. Alen, J.-P. Moerman, E. Derycke und J. Spreutels, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden M. Melchior,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

\*

\* \*

### *I. Gegenstand der präjudiziellen Frage und Verfahren*

In seinem Urteil vom 16. Juni 2005 in Sachen A. Ruelle gegen die Credimo AG, dessen Ausfertigung am 24. Juni 2005 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat der Appellationshof Lüttich folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Gibt es angesichts der Artikel 10 und 11 der Verfassung eine ungerechtfertigte Diskriminierung zwischen der Situation eines Hypothekenbestellers und derjenigen eines Bürgen, indem Artikel 82 des Konkursgesetzes dem Letztgenannten die vom Konkurschuldner erhaltene Entschuldbarkeit gewährt, während er diese Befreiung nicht für den Erstgenannten vorsieht, obwohl beide als natürliche Personen zugestimmt haben, den Konkurschuldner unentgeltlich zu unterstützen? ».

(...)

### *III. In rechtlicher Beziehung*

(...)

#### *In Bezug auf die Zulässigkeit der präjudiziellen Frage*

B.1.1. Die Credimo AG führt an, die Beantwortung der präjudiziellen Frage sei nicht notwendig für die Lösung der Streitsache, die Anlass zu der Frage gewesen sei, und der vorlegende Richter vertrete zu Unrecht den Standpunkt, dass Artikel 82 des Gesetzes vom 8. August 1997 vor seiner Abänderung durch das Gesetz vom 4. September 2002 nicht auf die ihm vorgelegte Streitsache anwendbar sei.

B.1.2. In der präjudiziellen Frage ist nicht präzisiert, ob es sich bei der dem Hof zur Prüfung vorgelegten Fassung von Artikel 82, von dem nur Absatz 1 zur Debatte steht, um diejenige des Gesetzes vom 8. August 1997 oder um diejenige des Gesetzes vom 4. September 2002 handelt. Aus der Begründung des Urteils geht jedoch hervor, dass der vorlegende Richter - obwohl er der Ansicht ist, das Datum des in diesem Fall ergangenen Entschuldbarkeitsurteils (6. Juni 2002) könnte darauf hindeuten, dass die erste Fassung berücksichtigt worden sei -, feststellt, dass diese Fassung durch das im Rahmen einer präjudiziellen Frage ergangene Urteil Nr. 69/2002 missbilligt worden sei, und diese Fassung abweist zugunsten der zweiten, obwohl diese ebenfalls vom Hof in einem im Rahmen einer Nichtigkeitsklage ergangenen Urteil Nr. 114/2004

missbilligt worden ist, wobei der Hof jedoch dessen Wirkung bis zum 31. Juli 2005 aufrechterhalten hat.

B.1.3. In der Regel obliegt es dem vorlegenden Richter zu bestimmen, welche Gesetzesbestimmungen er dem Hof zur Prüfung vorlegt. Es steht den Parteien nicht zu, dies anzufechten.

B.2.1. Der Ministerrat führt an, die präjudizielle Frage sei gegenstandslos, da die Wirkungen der durch das Urteil Nr. 114/2004 für nichtig erklärten fraglichen Bestimmung nach dem 31. Juli 2005 nicht mehr aufrechterhalten worden seien und somit davon ausgegangen werde, dass diese Bestimmung nie bestanden habe.

B.2.2. Wegen der Aufrechterhaltung der Wirkungen der fraglichen Bestimmung und des Datums, an dem sich die dem vorlegenden Richter unterbreiteten Handlungen ereignet haben, muss dieser sie bei der Lösung des bei ihm anhängig gemachten Streitfalls anwenden. Der Hof muss demzufolge die Frage in der ihm vorgelegten Fassung beantworten.

### *Zur Hauptsache*

B.3.1. Artikel 82 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. August 1997 bestimmte in der Fassung des Gesetzes vom 4. September 2002:

« Aufgrund der Entschuldbarkeit erlöschen die Schulden des Konkurrenten und werden natürliche Personen, die unentgeltlich für die Verpflichtungen des Konkurrenten gebürgt haben, entlastet ».

B.3.2. Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2005 « zur Abänderung des Konkursgesetzes vom 8. August 1997 und zur Festlegung verschiedener steuerrechtlicher Bestimmungen » ersetzt Artikel 82 Absatz 1 durch folgenden Absatz:

« Wenn der Konkurrent für entschuldbar erklärt wird, kann er nicht mehr von seinen Gläubigern verfolgt werden ».

Dasselbe Gesetz sieht in Bezug auf persönliche Bürgen des Konkurschuldners ein System vor, wonach sie durch das Gericht von ihrer persönlichen Verpflichtung entbunden werden können, sofern sie die Bedingungen erfüllen, die in Artikel 80 Absatz 3 in der durch Artikel 7 des obengenannten Gesetzes vom 20. Juli 2005 abgeänderten Fassung vorgesehen sind. Schließlich regeln mehrere Übergangsbestimmungen die Situation laufender Konkurse, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, nämlich am 7. August 2005, noch nicht abgeschlossen waren.

B.4. Aus den Elementen der Rechtssache geht hervor, dass die präjudizielle Frage sich auf die Frage bezieht, ob Artikel 82 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. August 1997 in der Fassung, die der vorliegende Richter auf die vor ihm anhängige Streitsache für anwendbar hält, nicht einen Behandlungsunterschied einführe, der ungerechtfertigt sei, da er lediglich die natürlichen Personen, die sich als persönliche Bürgen verpflichtet hätten, von ihren Verpflichtungen entbinde, jedoch nicht diejenigen, die als Sicherheit für die Verpflichtungen eines Kaufmannes in eine Hypothek auf eine Immobilie eingewilligt hätten, deren Eigentümer sie seien.

Der Hof beschränkt seine Prüfung auf diesen Behandlungsunterschied.

B.5. Die fraglichen Bestimmungen sind Bestandteil der Konkursgesetzgebung, die im Wesentlichen dazu dient, einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen des Schuldners und denjenigen der Gläubiger herzustellen.

Die Entschuldbarkeitserklärung stellt für den Konkurschuldner eine Gunstmaßnahme dar, die es ihm ermöglicht, seine Tätigkeiten auf einer sanierten Grundlage wiederaufzunehmen, dies nicht nur in seinem Interesse, sondern auch im Interesse seiner Gläubiger oder einiger von ihnen, die ein Interesse daran haben können, dass ihr Schuldner seine Tätigkeiten auf einer solchen Grundlage wieder aufnimmt, wobei die Aufrechterhaltung einer kaufmännischen oder industriellen Tätigkeit außerdem dem Gemeinwohl dienen kann (*Parl. Dok.*, Kammer, 1991-1992, Nr. 631/1, SS. 35 und 36).

Aus den Vorarbeiten geht hervor, dass der Gesetzgeber « auf ausgeglichene Weise die miteinander verbundenen Interessen des Konkurschuldners selber, der Gläubiger, der Arbeitnehmer und der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit [hat] berücksichtigen wollen » und für eine

menschliche, die Rechte aller betroffenen Parteien wahrende Regelung sorgen wollte (*Parl. Dok.*, Kammer, 1991-1992, Nr. 631/13, S. 29).

Durch das Gesetz vom 4. September 2002 zur Abänderung des Konkursgesetzes vom 8. August 1997, des Gerichtsgesetzbuches und des Gesellschaftsgesetzbuches wollte der Gesetzgeber die ursprünglichen Ziele noch effizienter erreichen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2001-2002, DOC 50-1132/001, S. 1).

B.6.1. Indem der Gesetzgeber beschlossen hat, gewisse Mithaftende des Konkursschuldners in den Genuss der Folgen der ihm gewährten Entschuldbarkeit gelangen zu lassen, weicht er vom zivilen Vermögensrecht ab, dem zufolge « alle gesetzlich eingegangenen Vereinbarungen [...] für diejenigen, die sie eingegangen sind, gesetzlich bindend [sind] » (Artikel 1134 Absatz 1 des Zivilgesetzbuches), und « jeder, der persönlich haftet, [...] mit all seinen beweglichen oder unbeweglichen, heutigen oder künftigen Gütern seine Verpflichtungen erfüllen [muss] » (Artikel 7 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851). Es ist insbesondere zu prüfen, ob die fragliche Maßnahme keine unverhältnismäßigen Folgen für eine der vom Konkurs betroffenen Parteien hat.

B.6.2. Wenn der Gesetzgeber, insbesondere in Wirtschaftsangelegenheiten, der Auffassung ist, die Interessen der Gläubiger zugunsten gewisser Kategorien von Schuldner aufheben zu müssen, ist diese Maßnahme Bestandteil seiner globalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Hof könnte die Behandlungsunterschiede, die sich aus seinen Entscheidungen ergeben, nur ahnden, wenn sie offensichtlich unvernünftig wären.

B.7. Der bemängelte Behandlungsunterschied beruht auf einem objektiven Kriterium, denn eine Person, die eine Immobilie als Sicherheit anbietet, läuft nur Gefahr, dieses Gut zu verlieren.

Damit diese Person die Tragweite ihrer Verpflichtung kennt, sieht Artikel 76 des Hypothekengesetzes vor, dass die Hypothek grundsätzlich durch eine notarielle Urkunde gewährt wird. Die notarielle Form ist eine wesentliche Bedingung für die Gültigkeit der Hypothek wegen der Bedeutung der Verpflichtung des Schuldners, die einen besonderen Schutz erfordert. Das Auftreten eines spezialisierten öffentlichen Amtsträgers, dem eine Verpflichtung zur Beratung

und Information obliegt, ist gerechtfertigt, weil es sich um technische und komplizierte Urkunden handelt, deren Abfassung nicht den Parteien überlassen werden kann.

B.8. Das Kriterium ist sachdienlich im Lichte der in B.5 erwähnten Zielsetzung. Indem der Gesetzgeber es ermöglicht, dass die Personen, die sich mit ihrem gesamten Vermögen verpflichtet haben, von ihren Verpflichtungen entbunden werden können, möchte er eine Kategorie von Personen schützen, die er zunächst als stärker gefährdet ansieht als diejenigen, die sich nur in Höhe einer bestimmten Immobilie verpflichten.

B.9. Es gehört zur Ermessensbefugnis des Gesetzgebers zu entscheiden, ob die Letztgenannten trotz des in B.7 erwähnten Unterschieds zu schützen sind. Doch aufgrund dieses Unterschieds kann das Fehlen eines solchen Schutzes nicht als unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung angesehen werden.

B.10. Die präjudizielle Frage ist verneinend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

Artikel 82 Absatz 1 des Konkursgesetzes vom 8. August 1997, ersetzt durch das Gesetz vom 4. September 2002, verstößt insofern, als er nicht auf natürliche Personen anwendbar ist, die unentgeltlich zur Sicherheit eine Immobilie mit einer Hypothek belastet haben, nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Verkündet in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 15. März 2006.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) M. Melchior